

Vorreiter für Kulturerbe-Bewerbung - oder doch nicht?

Eigentlich wollte sich Seifhennersdorf den Hut bei den Umgebendehäusern aufsetzen. Doch die Rathauschefin Mandy Gubsch bremst - und ihre erste Stadtratssitzung wird fast zur Farce.



Donnerstagabend im Ratssaal: Mandy Gubsch (li.) wird von Stadträtin Rita Schmidt als neue Seifhennersdorfer Bürgermeisterin vereidigt. © SZ/fum

Von Frank-Uwe Michel

4 Min. Lesedauer

Seifhennersdorf wollte eine Führungsrolle einnehmen. Die Stadt war eigentlich schon "Lead-Partner" eines Projektes, das dem Umgebendeland zur Aufnahme in die Weltkulturerbeliste verhelfen soll. Am 5. Oktober hatte das der Stadtrat in einer von der scheidenden Bürgermeisterin Karin Berndt (UBS) eilig anberaumten Sitzung entschieden.

Dabei geht es um die Beteiligung am Mitmachfonds smul+. Dort bedenkt der Freistaat die besten eingereichten Ideen mit Finanzen in unterschiedlicher Höhe. Der von Seifhennersdorf ausgehende Antrag könnte also bis zu 150.000 Euro einbringen. Geld, mit dem Matthias Schwarzbach und Mario Willecke dann zügig weiterarbeiten wollen. Schwarzbach ist Vorsitzender des Fachbeirates der Stiftung Umgebendehaus und war bis vor Kurzem Chef der IHK für den Raum Zittau/Löbau. Willecke ist beim Kunststoffzentrum Oberlausitz von Fraunhofer in Zittau angestellt. Beide sind Vorreiter des neuerlichen Vorstoßes in Richtung Weltkulturerbe für die Oberlausitzer Volksbauweise.

2006 war der erste Anlauf gestartet worden, die Umgebendehäuser auf die Liste zu bringen. [2011 stand schließlich fest, dass sich die Oberlausitz um die Aufnahme in die sogenannte Tentativliste der Bundesrepublik bewerben würde](#) - eine Vorschlagsliste für Kulturstätten, die Deutschland an die Unesco weitergibt. Beim Vorentscheid innerhalb Sachsens ging das Umgebendeland dann allerdings leer aus: Unter den zehn Bewerbern im Freistaat wurden die "Gartenstadt" Dresden-Hellerau sowie die "Notenspur" Leipzig auf Platz eins und zwei gesetzt. Die Görlitzer Altstadt kam

auf Position drei.

Zwar ist nun klar, dass es den Anlauf für einen neuen Versuch geben soll. Mit Unterstützung aus Seiffenhensdorf ist vorerst aber nicht zu rechnen. Denn der Beschluss vom 5. Oktober soll aufgehoben werden. Auch vier weitere Punkte, über die Karin Berndt an diesem Tag abstimmen ließ, dürften keinen Bestand haben. [Mandy Gubsch \(GfS\), die einen Tag später ihr neues Amt übernahm, legte in allen fünf Fällen Widerspruch ein](#) - im Falle der Projektskizze für das Umgebndeland wegen Rechtswidrigkeit. Die Stadt befinde sich wegen des fehlenden Haushalts in der vorläufigen Haushaltsführung - und da seien "freiwillige Leistungen, zu denen keine vertraglichen Verpflichtungen vorliegen, unzulässig", heißt es in der Begründung. Darüber sollte nun am Donnerstag abgestimmt werden. Doch der Abend verlief anders als gedacht.

Als Mandy Gubsch die Veranstaltung eröffnete, war der Ratssaal - anders als üblich - voll mit Besuchern. Einige Stühle mussten sogar hinzustellen werden. Was die Gäste jedoch vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung erlebten, glich einer Farce. Und erinnerte an Zeiten, in denen die Fraktionen untereinander, aber auch mit Ex-Bürgermeisterin Karin Berndt (UBS) erbitterte Wortgefechte führten.



Lächeln bei der Amtsübergabe von Karin Berndt auf Mandy Gubsch am 6. Oktober. Bei der Stadtratssitzung einen Tag zuvor wurden Beschlüsse gefasst, die noch immer für Ärger sorgen. © Rafael Sampedro/foto-sampedro.de

Den ersten Akt bestritt Rüdiger Horn als Hauptdarsteller. [Bei der Bürgermeisterwahl war der für Die Linke im Stadtrat sitzende Gastronom noch als Konkurrent der späteren Siegerin angetreten.](#) Jetzt beharrte er auf die seit Jahren von ihm angemahnte Beschlusskontrolle. Kurzfristig hatte die Stadt zwar eine Liste vorgelegt, auf der die Umsetzung der Beschlüsse seit 2020 dargestellt wird. Grundsätzlich sei das Problem aber nicht gelöst, so Horn. Deshalb werde er an der Sitzung nicht teilnehmen. Im weiteren Verlauf wunderte sich auch Stefanie Möse (UBS), dass es plötzlich die verlangte Liste gab, was zuvor nicht möglich gewesen sei. Dafür ertete sie vom Publikum Kopfschütteln und Gelächter. Der Grund: Unter Ex-Bürgermeisterin Berndt konnte die Verwaltung offenbar nicht liefern. Oder die von der früheren Rathauschefin praktizierte Informationsstruktur war einfach nicht in der Lage dazu.

Den zweiten Akt bestritt die komplette UBS-Fraktion. In deren Namen verlangte Rita Schmidt, die fünf Widersprüche - darunter auch die Beteiligung an der Projektskizze Umgebndeland - von der Tagesordnung zu nehmen. Nach Auffassung der UBS seien die Beschlüsse rechtskonform. Zudem habe es im Vorfeld darüber kein klärendes Gespräch mit der neuen Bürgermeisterin gegeben, bemängelte sie.

Mit UBS-Mehrheit wurden die betreffenden Vorlagen daraufhin gestrichen - unter dem Unmut der meisten Seiffenhensdorfer im Saal. Ein Bürger brachte es bei der öffentlichen Fragestunde später so auf den Punkt: ["Frau Gubsch, ich bedaure Sie, mit diesem Stadtrat weiterarbeiten zu](#)

müssen." Eigentlich hätten sich die Räte für das Wohl der Stadt einzusetzen und keine Querelen zu schüren. Was aber solle die frisch gewählte Rathauschefin tun - "bei Dingen, die 20 Jahre lang vergeigt wurden?", fragte er.

Voraussichtlich Ende November kommen die Seifhennersdorfer Stadträte das nächste Mal zusammen. Bis dahin, hofft Rita Schmidt, wird es ein klärendes Gespräch zwischen den Räten und der Bürgermeisterin geben. Man müsse herausfinden, was in den Beschlusstexten anders zu formulieren sei, um sie inhaltlich auf rechtskonformer Grundlage noch einmal beschließen zu können. Sollten die Fronten weiter verhärtet bleiben und beide Seiten auf ihrer Ansicht bestehen, müsste die Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises über das weitere Vorgehen entscheiden.

Für das Projekt "Umgebndeland auf die Welterbeliste" könnte das im günstigsten Fall bedeuten, dass die Grenzstadt mit ein bisschen Verzögerung doch noch Lead-Partner wird. Allerdings ist auch der ungünstigste Ausgang weiter möglich, dass die aktuelle Haushaltslage eine Beteiligung verhindert. Dann müssten sich die Initiatoren auf Kottmar, Großschönau und Ebersbach-Neugersdorf konzentrieren, die ebenfalls in die Kooperation mit eingebunden werden sollen.